

Ruth Reiher

Das Kollektiv hat sich ins Team verabschiedet. Zur wissenschaftlichen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems

Vortrag am 21.3.2002 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

1. Einführung

Die wissenschaftliche Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems ist so alt wie das Problem selbst. Oder vielleicht könnte man es auch umgekehrt formulieren: Das sprachliche Ost-West-Problem in seiner ganzen Dimension ist uns erst durch dessen wissenschaftliche Betrachtung so recht bewusst geworden. Um das nachvollziehbar zu machen, werde ich den wissenschaftlichen Prozess von seinen Anfängen bis in die Gegenwart kurz umreißen. Den Kern meiner Ausführungen bildet der Zeitraum der letzten 12 Jahre.

Ein Grund für dieses Vorgehen besteht darin, dass ich die frühen Phasen der Auseinandersetzung um dieses Problem ausschließlich aus der Rezeption der wissenschaftlichen Literatur wiedergeben kann. In den letzten 12 Jahren hingegen, also nach der so genannten Wende, haben wir an der Humboldt-Universität diesen wissenschaftlichen Prozess selbst mit gestaltet. Wie an vielen anderen, vor allem ostdeutschen Universitäten, haben wir uns mit dem sprachlichen Ost-West-Problem unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung intensiv beschäftigt¹. Da wir den Prozess des Sprachgebrauchswandels in der so genannten Wendezeit und danach erfassen wollten, mussten wir sprachliche Korpora recht schnell aufzeichnen und zunächst einmal konservieren. Das war gerade bei mündlicher Kommunikation notwendig. Denn wir ahnten, dass sich hier – auf jeden Fall im ostdeutschen Sprachraum – eine relativ schnelle Veränderung vollziehen werde. Und die Sprachdaten selbst oder auch die Wertungen sprachlicher Prozesse, die wir heute nicht sichern konnten, waren morgen schon wieder vergangen und damit unwiederbring-

1 Einige Sammelbände geben Aufschluss über diese Aktivitäten: Reiher, R./ Läger, R. (Hrsg.) (1993); Reiher, R. (Hrsg.) (1995); Reiher, R./ Läger, R. (Hrsg.) (1996); Reiher, R./ Kramer, U. (Hrsg.) (1998); Reiher, R./ Baumann, A. (Hrsg.) (2000).

lich verloren. Viele dieser sprachlichen Daten harren noch ihrer Auswertung. Ob das in naher Zukunft geleistet wird, wage ich allerdings zu bezweifeln. Denn sowohl das wissenschaftliche wie das öffentliche Interesse an diesem Thema ist bei Weitem nicht mehr so groß wie noch vor einigen Jahren, und das in zunehmendem Maße auch in den Neuen Bundesländern, in denen unsere sprachlichen Beobachtungen und Analysen stets auf große Resonanz gestoßen sind. Angeregt von den – auch durch die Medien verbreiteten – Ergebnissen unserer Untersuchungen beobachteten viele „Laien“ ihren eigenen Sprachgebrauch und den ihrer Umgebung wie auch den von Politikern und anderen öffentlichen Personen aufmerksamer. Sie fragten nach den Gründen sprachlicher Unterschiede zwischen Ost und West sowie sprachlicher Veränderungen, wie sie sich im Zuge von ‚Wende‘ und Vereinigung vollzogen. Damit gelang es uns, eine interessierte sprachliche Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, und das gerade im ostdeutschen Sprachraum.

2. Zur linguistischen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems in der Zeit der Zweistaatlichkeit

Wie eingangs festgestellt, ist die wissenschaftliche Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems so alt wie das Problem selbst. Allerdings wandelten sich die theoretischen Ansätze wie auch die methodischen Zugänge. Was ist nun das so genannte sprachliche Ost-West-Problem? Mit der Teilung Deutschlands im Ergebnis des 2. Weltkrieges bildeten sich unterschiedliche Gesellschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands heraus. Das hatte auch sprachliche Konsequenzen. Wie wir aus heutiger Sicht wissen, entwickelte sich das Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR teilweise unterschiedlich.

Diese sprachlichen Differenzierungen lassen sich auf allen sprachlichen Ebenen nachweisen. Am deutlichsten sind sie im lexikalischen Bereich. Unterschiedliche Sachverhalte wurden verschieden benannt wie z. B. die Schultypen *Gymnasium – Erweiterte Oberschule (EOS)* oder die gewählten Volksvertretungen *Volkskammer – Bundestag*. Diese Unterschiede in der Benennungspraxis traten auch im alltäglichen Sprachgebrauch auf wie bei *Supermarkt – Kaufhalle*, ohne dass hier verschiedene Denotate zugrunde lagen. Zahlreiche Text- und Gesprächssorten wurden unterschiedlich ausgestaltet wie etwa *Bewerbungsschreiben, Bewerbungsgespräche, Beurteilungen, Zeugnisse* oder auch *private Kleinanzeigen, Beratungsgespräche* und *Dank-sagungen*. Bei den oben genannten sowie bei anderen Texten und Gesprächen

existierten neben lexikalischen auch textstrukturelle Differenzen. Selbst das Verhältnis zu den so genannten Existenzformen der deutschen Sprache (Hochsprache – Umgangssprache – Dialekt) entwickelte sich unterschiedlich. Wie wir durch soziolinguistische Untersuchungen belegen konnten², besaßen z. B. die Ostberliner ein viel positiveres Verhältnis zur Berliner Umgangssprache als die Bewohner des Westteils der Stadt.

Aber der Grundbestand der deutschen Sprache, in seiner Lexik und Grammatik, blieb von diesen Veränderungen unberührt. So haben die Deutschen in Ost und West stets *gegessen*, sind *aufgestanden* und wieder *ins Bett gegangen*. Sie haben sich auch gleichermaßen nach und nach von traditionellen grammatischen Strukturen wie z. B. der strengen Form des Genitivs nach der Präposition *wegen* zu Gunsten der umgangssprachlichen Dativrektion *wegen dem* verabschiedet. Einmal von ideologischen Bewertungen abgesehen, war die deutsche Sprache in ihrer Existenz als einheitliches Gebilde zu keinem Zeitpunkt der 40-jährigen Entwicklung in Ost und West echter Gefahr ausgesetzt.

Diese Einschätzung bestätigt auch ein Blick in die linguistische Literatur. So konstatierte Moser 1962 (43), dass „nicht nur die Rechtschreibung und die Regeln der Hochlautung, die Mittel der Wortbildung und im wesentlichen auch die Syntax [...] weiterhin beiden Teilen Deutschlands gemeinsam [sind], sondern auch der überwiegende Teil des Wortschatzes, der Wortkörper wie der Wortinhalte. Gemeinsam sind die Benennungen für Erscheinungen und Tätigkeiten des Alltags, für menschliche Grundsituationen wie Liebe und Freundschaft [...], das Wortgut der Fachsprachen und innerhalb der Sondersprachen das mathematischer, naturwissenschaftlicher, technischer, rein philologischer und theologischer Veröffentlichungen [...]“. Zugleich fixierte Moser aber auch den ideologischen Aspekt, der die Untersuchungen zur sprachlichen Ost-West-Problematik stets begleitete und häufig sogar überlagerte, wenn er „in entscheidenden zentralen Bereichen, welche die Auffassung von Mensch, Gesellschaft und Welt betreffen, bei Kernwörtern“ nicht nur wertneutral Unterschiede feststellte, sondern diese „tiefgreifende[n] Veränderungen als Ausfluß einer Ideologie, die auch weithin den Sprachstil prägt“, ausschließlich „drüben“, d. h. im DDR-Sprachgebrauch, ansiedelte.

Um diese differierenden Tendenzen in der Sprachentwicklung auch terminologisch zu fassen, sprach man in der Linguistik von *einer* Sprachgemeinschaft und zwei Kommunikationsgemeinschaften. Während Sprachgemeinschaft die Gesamtheit der Sprecher, die eine Sprache (das Deutsche) als Muttersprache sprechen, umfasst (Hartung, 1981, 14), sind Kommunikationsge-

2 Vgl. H. Schönfeld unter Mitarbeit von R. Reiher und S. Grünert (2001).

meinschaften Gruppen von Menschen, die durch die Notwendigkeit ständiger Kommunikation untereinander verbunden sind, also in unserem Fall die Sprecher/ Schreiber in der BRD oder in der DDR.

Für die Linguistik, vor allem für diejenigen Richtungen, die sich mit dem Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft beschäftigten, war das sprachliche Ost-West-Problem ein faszinierendes linguistisches Beobachtungsfeld. Hier konnte Sprachwandel unter dem Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen unmittelbar verfolgt werden. In Bezug auf die Phase der Zweistaatlichkeit formulierte Hellmann (1991, 42):

„Denn hier wird quasi in einem unfreiwilligen Großversuch vorgeführt, was sprachlich geschieht, wenn eine Nation in zwei staatlich organisierte Kommunikationsgemeinschaften mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geteilt wird.“

Nach 1989 könnte man in Anlehnung an Hellmann von der zweiten Phase dieses Großversuchs sprechen, was nämlich sprachlich geschieht, wenn von den bislang zwei staatlich organisierten Kommunikationsgemeinschaften mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen die kleinere Kommunikationsgemeinschaft der größeren beitrifft.

2.1 Die 50er und 60er Jahre

Von vorwissenschaftlichen Äußerungen abgesehen waren die sprachlichen Unterschiede in West und Ost in den 50er und 60er Jahren für die DDR-Linguistik kein Thema. Es war die Zeit, in der Bechers Text der Nationalhymne mit der Verszeile „Deutschland einig Vaterland“ noch gesungen und die Einheit Deutschlands – unter sozialistischem Vorzeichen – angestrebt wurde. Wenn neuere Tendenzen der deutschen Sprachentwicklung wie z. B. von Georg Möller beschrieben wurden, fanden sich hier kaum Beobachtungen, die nicht auch für die westdeutschen Sprachverhältnisse zuträfen.

Zu den Wenigen, die bereits in den 50er Jahren vor einer Sprachspaltung warnten, gehörten der genaue sprachliche Beobachter F. C. Weiskopf sowie der Romanist Victor Klemperer. In seiner „Verteidigung der deutschen Sprache“ von 1955 warnte Weiskopf vor der „Gefahr einer Sprachspaltung“ (53) in „Ostdeutsch“ und „Westdeutsch“, deren Ursachen er in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen sah. Im östlichen Teil machte er vornehmlich das „Überwuchern des Spruchbänder-, Behörden- und Parteijargons“ (55) für die Sprachentfremdung verantwortlich, wohingegen der westdeutsche Anteil „durch das massive Eindringen amerikanischer Wörter und Wendungen“ (61/62) gekennzeichnet war. Ähnlich hatte sich bereits 1953 (27) Klemperer ge-

äußert, als er „in einer fernerer Zukunft an Schaufenstern des Auslands die Ankündigung [...] : „Hier spricht man Ostdeutsch“ - „Hier spricht man Westdeutsch“ prognostizierte. Die Antwort beider Autoren auf die Frage nach der Perspektive dieses Entfremdungsprozesses war optimistisch und illusionär zugleich, zeigt aber das gesellschaftliche Klima der frühen 50er Jahre. So forderte Klemperer, „dieser möglichen Gefahr“ einen „festen Riegel“ vorzuschieben, „indem wir mit allen Mitteln, und immer bereitwilliger unterstützt von den Gutwilligen in Westdeutschland, für die Einheit unseres Vaterlandes kämpfen“. Weiskopf (72/73) formulierte seinen sprachpflegerischen Standpunkt folgendermaßen:

„ [...] hüben und drüben, und wann immer es geht gemeinsam, den Schatz unseres einheitlichen Spracherbes gegen jede Verstümmelung, Verfremdung und Verunreinigung verteidigen und die Schönheit unserer ‚weiten, räumigen, tiefen, reinen und herrlichen Muttersprache‘ (Schottel) in allem, was wir schreiben, aufleuchten lassen. Wenn wir das mit Leidenschaft und Nachdruck tun, dann braucht uns um die sprachliche Einheit nicht bange zu sein.“

Anders sah es in der westdeutschen Linguistik aus. Hier beobachtete und kritisierte man vor allem seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR, so wie er in offiziellen Texten, in den Printmedien, in Radio und Fernsehen oder auch in der schöngeistigen Literatur, in Schulbüchern und Wörterbüchern zu finden war. Ihren Höhepunkt hatte diese Richtung in der ersten Hälfte der 60er Jahre und war mit Publikationen verbunden wie „Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands“ von 1962, „Deutsch – gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Polemik, Analyse, Aufsätze“ (1964) oder „Das Aueler Protokoll – Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost“ von 1964.

Im Zentrum stand – wie auch in der Folgezeit – die im gesellschaftspolitischen Bereich verwendete Lexik. Nicht nur Neuprägungen zur Bezeichnung DDR-spezifischer Institutionen wurden kritischen Wertungen unterzogen. Vor allem zentralen Begriffen wie *Gesellschaft*, *Freiheit*, *Demokratie* oder *Sozialismus*, *Kapitalismus* wurden so genannte DDR-spezifische Bedeutungsveränderungen zugeschrieben. Das geschah zum einen völlig unhistorisch, indem die Verankerung dieser Begrifflichkeit in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ignoriert wurde. Zum anderen wurde geflissentlich übersehen, dass diese gesellschaftlichen Begriffe auch in der westdeutschen Öffentlichkeit unterschiedlich definiert und verwendet wurden.

Hinzu kommt, dass es diesem so genannten sprachlichen Ost-West-Vergleich nicht nur häufig an ausreichenden Korpora von DDR-Texten ermangete. Auch eine hinreichende empirische Absicherung durch westdeutsche

Sprachbelege wurde nur selten angestrebt und noch seltener erreicht, so dass nicht einmal eine – wie auch immer geartete – westdeutsche Norm, sondern häufig nur die Intention der Autoren als Vergleichsmaßstab für die „sprachliche[n] Sonderung“ (Moser, 1962, 48) oder die „sondersprachliche[n] Entwicklung in der DDR“ (Korlén, 1967, 44) angenommen wurde.

Damit war das Problem dieser Untersuchungen auch ein methodisches. Obwohl Moser³ (1962, 3) z. B. seine Aussagen „vom objektiven Standpunkt des Sprachbeobachters aus betrachtet“ wissen wollte, blieben auch seine Ergebnisse sehr einseitig. Es wurde kein linguistischer Vergleich zwischen dem divergierenden öffentlichen Sprachgebrauch in zwei selbständigen Kommunikationsgemeinschaften vorgenommen. Trotz des mehrfachen Hinweises auf Sprachmuster im „Westen“, in „Westdeutschland“ oder der deiktischen Entsprechung „hüben“ ging es ausschließlich um „das Deutsche im Osten“, „im Osten Deutschlands“, „in der Zone“ oder auch deiktisch verkürzt „drüben“. Und die für den ostdeutschen Sprachraum festgestellten „Sonderungen“ wurden nicht einmal bei Moser wertneutral als sprachliche Eigenentwicklungen infolge anderer gesellschaftlicher Voraussetzungen beschrieben. Sie wurden ausschließlich als Abweichungen von der westdeutschen Norm interpretiert und damit negativ konnotiert.

Hinzu kommt, dass diese mehr oder minder ideologisch geprägten Arbeiten nahezu ausschließlich dem offiziellen Sprachgebrauch gewidmet waren. Über halböffentliche oder gar private Sprech- und Schreibweisen wurden infolge fehlender sprachlicher Korpora nur Vermutungen angestellt⁴. So formulierte Moser (1962, 46)

„Inwieweit aber ist die geschriebene Privatsprache (etwa in Briefen) und inwieweit ist die Alltagssprache und die Alltagsrede der Menschen drüben schon von der offiziellen Sprache geprägt? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten.“

Den Versuch einer Antwort gab bereits 1964 der DDR-Sprachwissenschaftler Ihlenburg. Er attestierte dem „Alltagsstil“ in Ost wie West die größte Resistenz gegenüber unterschiedlichen Entwicklungen (397). Übrigens war Ihlenburg einer der wenigen Linguisten aus der DDR⁵, der zum

3 Ich verweise hier bewusst auf den Sprachwissenschaftler Hugo Moser. Die Arbeiten anderer Autoren wie z. B. die von Maeder, Schierbaum oder auch Riemschneider waren in einem Maße ideologisch geprägt, dass sich eine Auseinandersetzung mit ihnen aus heutiger Sicht kaum noch lohnt. Vgl. dazu auch Dieckmann (1967).

4 Zu bemerken ist, dass dieses Problem bis in die Gegenwart als linguistisches Desiderat beklagt wird. Vgl. dazu die Ausführungen von Schlosser (1990). Um diesen Mangel in der Forschung zu beseitigen, bereiten wir gegenwärtig einen Sammelband zur „Sprache in der DDR“ vor, der sich vornehmlich dem alltäglichen Sprachgebrauch widmen soll.

5 Neben Ihlenburg sind die Arbeiten von Höppner (1963) und Gernentz (1965) zu nennen.

sprachlichen Ost-West-Problem explizit Stellung genommen hat. Wohltuend ist – gegenüber den westlichen Publikationen – sein Bemühen um sprachwissenschaftliche Exaktheit, wobei er, wohl auch in der Tradition von Klemperer und Weiskopf, sprachliche Veränderungen auf beiden Seiten des „eisernen Vorhangs“ wahrgenommen und auch beschrieben hat. Indem er den westdeutschen Untersuchungen vorwarf, „daß die Ursache der behaupteten „Sprachspaltung“ einseitig in der besonderen gesellschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik gesehen und zu wenig beachtet wird, daß sich auch in Westdeutschland [...] sehr viele sprachliche Besonderheiten abzeichnen“ (372), übte er durchaus berechtigte Kritik am methodischen Vorgehen dieser Autoren. Mit seinem Resümee (397)

„Je stärker die gesellschaftliche Entwicklung der DDR in Westdeutschland Anerkennung findet, um so mehr wird auch dort das diese Entwicklung widerspiegelnde Wortgut zum Allgemeingut werden.“

verließ er jedoch auf der einen Seite – wie seine westlichen Kollegen – die sprachwissenschaftliche Ebene und knüpfte auf der anderen Seite an die gesellschaftlichen Illusionen eines Victor Klemperer aus den 50er Jahren an.

Die erste substantielle und bis in die Gegenwart hinein unübertroffene Kritik an den so genannten sprachwissenschaftlichen Ost-West-Vergleichen übte Walther Dieckmann 1967. Er beklagte nicht nur die unzureichende empirische Basis und die daraus resultierenden Fehleinschätzungen. Vor allem kritisierte er, dass „statt einer sachlichen empirischen Beschreibung und einer sorgfältigen Bestandsaufnahme [...] sprachtheoretische Prämissen und politisch-ideologische Standpunkte in die Argumentation hinein [spielen]“ (164). Sein sehr ausgewogenes und kritisches Urteil gipfelte in der Feststellung, dass ein bedeutender Teil der Untersuchenden nur sprachlich illustrierte, was er politisch schon wusste und dass sich die Sprachwissenschaft mit dieser Methode „zum Echo politischer Meinungen“ degradierte (138).

Dieser bereits von Dieckmann kritisierte methodologische Ansatz bestimmte den Großteil der westdeutschen linguistischen Untersuchungen auch in der Folgezeit. Zwar bemühten sich in späteren Jahren zahlreiche westdeutsche Linguisten (z. B. Hellmann), den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR auch unideologisch zu betrachten. Dennoch folgten die meisten – häufig auch unbewusst – dem Muster, wonach „das sprachliche Verhalten der stärkeren Variante, die der Bundesrepublik, als Vergleichsmaßstab“ herangezogen wurde (Moser, 1985, 1680). Es wurde von der „Hauptvariante Bundesrepublik“, der „Variante DDR“ und den „regionale[n] Varianten“ des österreichischen und Schweizer Deutsch gesprochen. Dieses Dominanzmodell mit Abstufungen versperrte die Sicht auf die prinzipielle Gleichberechtigung

gung und Gleichwertigkeit sprachlicher Unterschiede und Neuerungen in beiden deutschen Staaten. Das von Peter von Polenz (1988) entwickelte Plurizentrismus-Konzept hingegen, das von mehreren gleichwertigen staatlichen und kulturellen Zentren ausging und somit durch die Berücksichtigung der historischen Dimension der tatsächlichen Sprachsituation in stärkerem Maße gerecht wurde, spielte im Rahmen der sprachwissenschaftlichen Ost-West-Forschungen erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Rolle.

2.2 Die 70er und 80er Jahre

Mit den historischen Gegebenheiten veränderte sich auch die Sicht auf das sprachliche Ost-West-Problem, und das sowohl in der DDR- als auch in der bundesrepublikanischen Linguistik. Die politische Entwicklung in der ersten Hälfte der 70er Jahre mit ihren historischen Eckpunkten ‚Ostverträge‘ (1970), ‚Grundlagenvertrag‘ (1972) und Verabschiedung der neuen ‚Verfassung der DDR‘ von 1974 führte in der linguistischen Forschung beider Seiten zu einem Wandel der Ansichten.

So beschwor die westdeutsche Linguistik als Reflex auf die Annäherungspolitik der sozialliberalen Koalition seit den 70er Jahren nicht mehr die These von der so genannten ‚Sprachsonderung‘ oder ‚Sprachspaltung‘, sondern betonte das ‚einigende Band der Sprache‘. Um diesen Wechsel glaubhaft zu machen, wurde der offizielle DDR-Sprachgebrauch als „eine Art Fremdkörper“ (Hellmann, 2000, 250) interpretiert und dessen Einfluss auf die Alltags- oder Umgangssprache kurzerhand für null und nichtig erklärt. So kam Oschlies 1989 (102) zu dem Schluss, dass es „keine DDR-typische Umgangssprache“ gibt und „die Einflüsse der politisch-ideologischen Parteisprache [...] praktisch Null“ sind. Nur auf Grund dieses oberflächlich konstruierten Gegensatzes zwischen Partei- und Umgangssprache konnte er am Schluss seiner Ausführungen (233) zu einem Fazit gelangen, das an die nationalen Willensbekundungen des 19. Jahrhunderts erinnert.⁶

6 Vgl. etwa die Äußerung Jacob Grimms aus dem Jahre 1846, als er auf die Frage „was ist ein volk?“ antwortet: „ein volk ist der inbegriff von menschen, welche dieselbe sprache reden. das ist für uns Deutsche die unschuldigste und zugleich stolzeste erklärung, weil sie mit einmal über das gitter hinwegspringen und jetzt schon den blick auf eine näher oder ferner liegende, aber ich darf wohl sagen einmal unausbleiblich heranrückende zukunft lenken darf, wo alle schranken fallen und das natürliche gesetz anerkannt werden wird, daß nicht flüsse, nicht berge völkerscheide bilden, sondern daß einem volk, das über berge und ströme gedrun-gen ist, seine eigne sprache allein die grenze setzen kann.“ (Grimm, 1846, 128/129).

„Die Wiedervereinigung der Deutschen wird als einigender Ausdruck des einigenden Bandes der Deutschen, ihrer Sprache, erfolgen. Oder sie wird niemals erfolgen.“

Auch die DDR-Linguistik blieb von den gesellschaftlichen Veränderungen nicht unberührt. Ausgangspunkt für den Perspektivenwechsel bildete die politische Diskussion um die ‚sozialistische deutsche Nation‘ zu Beginn der 70er Jahre, die in der veränderten Form der Verfassung von 1974⁷ gipfelte. Diese Debatte wirkte sich auch auf die sprachwissenschaftliche Theoriebildung aus, indem fortan der Begriff der ‚Nationalsprache‘ ins Zentrum rückte und damit die Frage, ob es sich bei den sprachlichen Divergenzen zwischen Bundesrepublik und DDR noch um eine Nationalsprache oder um gleichberechtigte nationalsprachliche Varianten selbständiger Nationen handelt. Ohne die Diskussion im Einzelnen⁸ wiederzugeben, verweise ich auf die zusammenfassende Darstellung von Shethar/Hartung (1998, 41):

„Da Sprache weithin als ein Merkmal der Nation gesehen wurde und da ostdeutsche Politiker sich der Illusion hingaben, es würde eine besondere ‚sozialistische deutsche Nation‘ entstehen, schien (auch für einige Linguisten in der DDR) die Frage legitim zu werden, in welchem Umfang die sprachliche Einheit noch existierte, wie lange sie noch erhalten bleiben würde und ob man nicht berechtigt sei, von zwei [...] Varianten der deutschen Sprache zu sprechen.“

Im Umfeld dieser Auseinandersetzung wird immer wieder auf Lerchner (1974) verwiesen, der in der Tat formulierte, dass „die Veränderungen im Gebrauch der deutschen Sprache in der DDR [...] insgesamt so umfassend und tiefgreifend [sind], daß sie den Fortbestand *einer* deutschen Nationalsprache hier und in der BRD ernsthaft in Frage stellen“ (263). Allgemeingut wurde diese von Lerchner vertretene, später von ihm relativierte Auffassung aber nicht. Betrachtet man die Publikationen der 70er Jahre, so wurde das sprachliche Ost-West-Problem besonders im Zusammenhang mit der Frage der Nationalsprache zwar problematisiert. Aber dass die DDR-Linguistik als Ganzes Verfechterin einer eigenen DDR-Varietät oder auch – abgeschwächt – einer DDR-Variante sein sollte, lässt sich an den wissenschaftlichen Texten

7 Während die Verfassung von 1968 noch von dem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ sprach, wurde der Begriff der ‚Nation‘ aus der Verfassung von 1974 eliminiert. Dort hieß es im Artikel 1: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ (Deutsche Verfassungen. 1989. 218)

8 Vgl. dazu die Ausführungen von Bauer (1993, 75-84) und Dieckmann (1989), die allerdings beide zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen.

nicht nachweisen⁹. Als einen Beleg möchte ich das 1987 erschienene Buch von Fleischer anführen mit dem Titel „Wortschatz der deutschen Sprache *in der DDR*“, und nicht *der* DDR.

Allerdings führten diese Diskussionen um Sprachvarianten auch zu einer intensiveren Beschäftigung der DDR-Linguistik mit dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft, wobei der Vergleich zwischen der Sprache und deren Gebrauch in den beiden deutschen Staaten nur ein Randthema bildete. Vornehmlich ging es in den theoretischen Überlegungen¹⁰ und praktischen Untersuchungen zur Variationsproblematik um die DDR-Gesellschaft. Das führte zu einer stärkeren, auch empirischen Erfassung des tatsächlichen Sprachgebrauchs in der DDR. So ermittelte z. B. Schönfeld (1974) das Sprachverhalten in einem Dorf der Altmark, Herrmann-Winter (1974) die Auswirkungen sozialistischer Produktionsweise in der Landwirtschaft auf die sprachliche Kommunikation. Rosenkranz (1974), Schönfeld/ Donath (1978) und Reiher (1980) analysierten die sprachliche Kommunikation im Bereich der industriellen Produktion und Benecke (1986) sowie Heinemann (1989) untersuchten jugendsprachliche Phänomene. Fleischer (1987) beschrieb die Wortschätze in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und erweiterte seine Analysen durch Angaben zur Struktur und Funktion zahlreicher Textsorten.

Ein Blick in Qualifizierungsarbeiten wie Dissertationen oder gar Diplom- und Staatsexamensarbeiten macht deutlich, dass vor allem in den 80er Jahren die der empirischen Erfassung schwer zugänglichen Räume wie z. B. Schule oder Alltagskommunikation unter ausgewählten Gesichtspunkten analysiert wurden. Da diese Arbeiten aber im Allgemeinen nicht publiziert wurden, konnten deren Ergebnisse auch kaum von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen werden.¹¹ Hinzu kommt, dass stets nur einzelne Aspekte der Sprache oder deren Gebrauchs bearbeitet wurden. So analysierte I. Petrović z. B. nicht die sprachliche Variation in der Schule schlechthin, sondern „hinsichtlich der Verwendung modalisierender sprachlicher Mittel“, also vornehmlich aus grammatischer Sicht. Damit blieb die sprachliche Variation als Ganzes in der Schule unberücksichtigt und über den Einfluss der

9 Vgl. dazu vor allem die differenzierte Analyse von Dieckmann (1989).

10 Verwiesen sei auf die großen Sammelpublikationen wie Hartung (1974), Neumann (1976), Normen in der Sprachlichen Kommunikation (1977) oder Hartung/Schönfeld (1981).

11 Hierbei habe ich z. B. die Dissertationen von Roloff zur Kontaktkommunikation, von Petrović (1985) zur Kommunikation in der Schule oder auch die Diplomarbeit von Kuntzsch (1985) zu Anredeformen in der DDR im Auge.

neuen kommunikativen Beziehungen auf den Sprachgebrauch konnten keine Aussagen gemacht werden.

Somit blieb die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Sprache und Gesellschaft über weite Strecken ein theoretischer Diskurs. Es konnten – eben wegen der fehlenden empirischen Basis – weder konkrete Aussagen über die Spezifik der kommunikativen Verhältnisse in der DDR gemacht werden noch wurde ein empirisch gesicherter Vergleich zwischen der Sprache und deren Gebrauch in beiden deutschen Staaten angestrebt. Dieckmann (1989, 166) kommt zu dem Ergebnis, dass „häufig keine Feststellungen über die gegenwärtige Situation getroffen, sondern Prognosen über eine sich abzeichnende, zukünftig zu erwartende Entwicklung gestellt“ wurden. Wenn es z. B. um Entwicklungen der so genannten Existenzformen ging, so wurden diese Aussagen zumeist sehr allgemein als mögliche Tendenzen in die Zukunft projiziert. So die Annahme, dass sich das Verhältnis von Hochsprache und Umgangssprache unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR verändern würde und dass das zu einer Verschiebung im Gefüge der Existenzformen führen könnte. Hartung (1981, 87) formulierte:

„Die gegenwärtig überschaubaren Zeiträume, aber auch die gegenwärtigen Einsichten in Zusammenhänge schränken die Möglichkeiten für Aussagen über Existenzform-Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch ein.“

Zusammenfassend lässt sich für die DDR-Linguistik der 70er und 80er Jahre festhalten: Zum einen führte die Konzentration auf den Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft zu genaueren Aussagen über die sprachliche Situation in der DDR und deren Bedingungsgefüge. Damit ist die Forschungssituation für diesen Raum partiell günstiger als für die alte Bundesrepublik, deren unterschiedliche Sprachphasen eigentlich erst seit Beginn der 90er Jahre einer genaueren Analyse unterzogen werden.¹² Auf der anderen Seite führten die von der offiziellen Politik gesetzten Normen und Restriktionen bei der Untersuchung der sprachlichen Wirklichkeit dazu, dass bestimmte Themenbereiche tabuisiert wurden. Dazu gehörte der gesamte Komplex des öffentlichen und offiziellen Sprachgebrauchs in den Medien oder in der Politik. Diese Beschränkungen führten zu Defiziten, indem der öffentliche Sprachgebrauch, wenn überhaupt, nur in dem Maße berücksichtigt wurde, wie er der offiziellen Diktion von der Sprachwirklichkeit in der ‚sozialistischen‘ Gesellschaft entsprach.¹³

12 Vgl. Stötzel/ Wengeler (1994).

13 Vgl. Reiher (1999).

3. Zur linguistischen Reflexion des sprachlichen Ost-West-Problems unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung

Wenn wir die Phase des sprachlichen Ost-West-Problems in dem letzten Jahrzehnt betrachten, müssen wir davon ausgehen, dass sich in kürzester Zeit ein Sprachgebrauchswandel großen Ausmaßes vollzogen hat. Ansonsten zählen wir bei Sprachwandel ja in Jahrhunderten. Hier lassen sich bereits in einem guten Jahrzehnt deutliche Veränderungen im Sprachgebrauch beobachten. Das ist allerdings ein Prozess, der sich ausschließlich in den so genannten neuen Bundesländern vollzogen hat. Der westdeutsche Sprachraum ist von dieser Entwicklung so gut wie gar nicht betroffen. Doch ehe ich zu der Frage komme, wie diese sprachlich-kommunikativen Entwicklungen von der Linguistik betrachtet wurden, zunächst ein Wort zu den sprachlich-kommunikativen Veränderungen selbst.

3.1 Sprachlich-kommunikative Veränderungen im Zuge von ‚Wende‘ und Vereinigung

Der Herbst 1989 war die äußerst kurze Zeit „revolutionärer Erneuerung“, die „die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße“ stellen sollte, wie Christa Wolf am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz erklärte. Diese „revolutionäre Bewegung“ war auch mit einer Befreiung der Sprache verbunden. „Was bisher so schwer auszusprechen war, geht uns auf einmal frei von den Lippen.“ (149) Allein ein Blick auf die Demo-Sprüche dieser Zeit offenbart eine Kreativität im Umgang mit Sprache, wie sie in so komprimierter Form nur selten zu finden ist. Ein solcher Blick zeigt, wie der ‚sprachschöpferische Volksgeist‘ in spielerischer Art und Weise mit den Mitteln und Möglichkeiten der deutschen Sprache umging. Die kurzen und prägnanten Losungen der Massendemonstrationen griffen offizielle DDR-Stereotype auf und spielten mit ihnen, sie wandelten sie ab bis zur Verkehrung in ihr Gegenteil.

Metaphern wie „Die Straße ist die Tribüne des Volkes“, „Macht aus der DDR keinen Platz des Himmlischen Friedens“ oder „Visafrei bis Hawaii“ wurden wieder und wieder produziert. DDR-typische Losungen wurden parodiert, indem sie durch neue Inhalte substituiert wurden. Allein durch den Ersatz von „Sowjets“ durch „Volk“ wurde aus dem von der Oktoberrevolution her bekannten Slogan „Alle Macht den *Sowjets*“ die aktuelle politische Forderung „Alle Macht dem *Volk*“. Die offizielle Losung „So wie wir heute *arbeiten*, werden wir morgen leben“ wurde zur konkreten Handlungsanweisung: „So wie

wir heute *demonstrieren*, werden wir morgen leben“. Tradierte Sprichwörter wurden abgewandelt und erhielten dadurch einen politisch aktuellen Bezug. So wurde aus „Was *Hänschen* nicht lernt, lernt *Hans* nimmermehr“ „Was *Krenzchen* nicht lernt, lernt *Krenz* nimmermehr.“ In ihrer Gesamtheit spiegelten diese Losungen den Willen zur Veränderung, zur Umkehr der Machtstrukturen in der DDR-Gesellschaft.

Diese „Befreiung der Sprache“, von der Christa Wolf sprach, zeigte sich aber nicht nur in den Losungen. Hervorstechendes Merkmal des politischen Diskurses vom Herbst 1989 war nicht nur die Lösung von allen DDR-Stereotypen. Im politischen Diskurs des Herbstes 1989 wurden auch die für die parlamentarische Demokratie geltenden Grenzen politischer Kommunikation überschritten. Es war keine „Kommunikation zwischen Politikern, Parteien usw. und den Bürgern oder der Öffentlichkeit“, in der das „politische Handeln [...] für die Bürgeröffentlichkeit gedacht und sprachlich formuliert wird“¹⁴. Der politische Diskurs des Herbstes 1989 ging weit darüber hinaus. Es war zunächst die vom Volk – also von unten – ausgehende Einforderung der bisher nicht vorhandenen Kommunikation zwischen dem Volk und den politischen Machtorganen und ihren Funktionsträgern. Die *vox populi* mit ihren Sprechchören und Transparenten war die öffentliche Meinung schlechthin. Die Bürger selbst erzwangen den Dialog, der nach einer Phase der Sprachlosigkeit dezentral, ohne einheitliche Leitung von Oben durch örtliche Funktionäre und staatliche Organe aufgenommen wurde. Diese Dialoge erhielten auch schnell eigene Namen, so die „Rathausgespräche“ in Dresden, die „Sonntagsgespräche“ in Berlin oder auch die ersten „Runden Tische“. Von ihrer Struktur her waren diese Dialogrunden asymmetrische Diskussionsformen. Die Bürger bestimmten die Inhalte dieser Dialoge und gaben die Gesprächsgegenstände vor wie etwa Freiheit der Medien, Rechtssicherheit, Umweltpolitik, Reisefreiheit und viele andere. Was hier vor sich ging, war ein Diskurs im Rahmen der DDR-Kommunikationsgemeinschaft – in ganz besonderer, bislang nicht gekannter Qualität und Art und Weise.

Die zunehmende Durchlässigkeit und endgültige Öffnung der Mauer am 9. November 1989 führte allerdings zu einer Veränderung der öffentlichen Kommunikationssituation. Neben die Losung *Wir sind das Volk*, die im Rahmen des DDR-Diskurses den Gegensatz zwischen den Interessen des Volkes und der Machtausübung der Staatsführung artikulierte, trat *Wir sind ein Volk*. Mit dem ethnischen Volksbegriff wurde der Rahmen des DDR-Diskurses ge-

14 Vgl. Strauss, Hass, Harras (1989, S. 30–31).

sprengt und die gesamtdeutsche Dimension ins Blickfeld gerückt. Der bislang ausschließlich vertikal ausgerichtete Diskurs zwischen Unten und Oben erhielt nun auch eine horizontale Dimension, zwischen Ost und West. Eine neue, gesamtdeutsche Kommunikationsphase nahm ihren Anfang, die nach dem 3. Oktober 1990, dem Beitrittstag der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, endgültig zur Kommunikation innerhalb der Bundesrepublik wurde.

3.2 Linguistische Reflexion der sprachlich-kommunikativen Veränderungen unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung

Diese äußerst kreative Phase wurde linguistisch verhältnismäßig gering reflektiert. Zwar gibt es Sammlungen von Losungen des Herbstes 1989 (vgl. Lang 1990) und einige linguistische Analysen (Fix 1990, Reiher 1992, Samson 1999). Eigenständige Untersuchungen zu den anderen kreativen Dokumenten des 89er Herbstes liegen allerdings bislang kaum vor, weder zu den Reden auf dem Alexanderplatz von der Demonstration am 4. November 1989 noch zu anderen Texten wie Flugschriften, Aufrufen usw. In der gleichen Weise stehen eigenständige Untersuchungen zur Sprache der Volkskammer von März 1990 bis Oktober 1990 sowie des Zentralen Runden Tisches aus. Hierbei handelte es sich um parlamentarische Formen, die, weitgehend losgelöst von präskriptiven institutionellen Zwängen, eigene demokratische Regeln entwickelten, die über die eingefahrenen Spielregeln bundesrepublikanischer Volksvertretungen hinausgingen und deshalb durchaus einer linguistischen Beschreibung wert wären. Wie die wenigen linguistischen Untersuchungen von sprachlichen Korpora dieser Phase¹⁵ belegen, könnte sich die Linguistik bei einer intensiven Beschäftigung mit diesen Texten und Diskursen auch von dem methodischen Muster des Ost-West-Vergleichs emanzipieren. Sie könnte die Kreativität sprachlichen Handelns in gesellschaftlichen Umbruchsituationen erfassen.

Das Hauptinteresse der Linguistik der letzten zwölf Jahre richtete sich auf die gesamtdeutsche Kommunikationsphase, die mit dem 3. Oktober 1990 begann und die man umschreiben könnte mit „Von einer Sprachgemeinschaft mit zwei Kommunikationsgemeinschaften zu einer Kommunikationsgemeinschaft im Rahmen einer Sprachgemeinschaft“. Die Stellung dieser beiden Kommunikationsgemeinschaften in der neuen Bundesrepublik war aber nicht gleichberechtigt. Der Einigungsprozess war eben kein Zusammenschluss

15 Vgl. u. a. Bresgen (1995) und Volmert (1992).

gleichberechtigter Partner, sondern der Beitritt der DDR zum Geltungsbe-
reich des Grundgesetzes. Das bedeutet, dass mit der Übernahme der (alt-
)bundesrepublikanischen Gesellschaftsstruktur durch die so genannten neuen
Bundesländer auch die kommunikativen Normen und sprachlichen Muster
für die „neuen“ Bundesbürger in gewisser Weise bindend wurden. Die An-
passung des ostdeutschen Sprachgebrauchs an die Regeln und Normen west-
deutscher Sprach- und Kommunikationsverhältnisse auf allen Ebenen und in
allen Bereichen erfolgte gewissermaßen im Selbstlauf. Dazu bedurfte es kei-
ner Regulierungen oder gesetzlichen Bestimmungen.

Für diese gesamtdeutsche Kommunikationsphase trifft wohl das zu, was
Eggers (1986, 12) mit Bezug auf die frühesten Phasen der Menschheitsge-
schichte folgendermaßen beschrieb:

„Schon, wo sich zum ersten Male in der damals noch weiten Welt zwei
Horden begegneten, ohne daß die eine die andere vernichtete, wo vielmehr
beide sich zusammenschlossen, müssen die sprachlichen Folgen dieselben
gewesen sein, wie sie sich seither immer und überall gezeigt haben. Die eine
der beiden Gruppen wird ihre Sprache aufgeben haben, und dennoch wird
diese im Untergehen das überlebende Idiom in irgendeiner Weise beeinflußt
haben.“

Nun handelte es sich bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten
nicht um den Zusammenschluss zweier Horden; von weiter Welt kann im eng
besiedelten Europa auch nicht gesprochen werden. Trotz der oben beschrie-
benen Ost-West-Differenzen im Sprachgebrauch waren es auch keine eigen-
ständigen Sprachen, die aufeinander stießen. Eventuell könnte man von
Varietäten mit semantischen, lexikalischen, stilistischen, textsortenspezi-
fischen und anderen Varianten sprechen. Dennoch besitzt der von Eggers fi-
xierte Sprachprozess bis in die Gegenwart Gültigkeit. Die zahlenmäßig
größere und politisch wie wirtschaftlich mächtigere der beiden Gruppen be-
stimmt die Normen des Verhaltens sowie des Sprachgebrauchs. Die andere
Gruppe hat sich diesen Normen – auf jeden Fall im öffentlichen Bereich – an-
zupassen.

Dennoch werden die sprachlichen Divergenzen – speziell im Alltag –
noch lange nachwirken. So sind DDR-spezifische Bezeichnungen wie „Broi-
ler“, „Plaste“ oder „Dreiraumwohnung“ auf dem Wege, Regionalismen zu
werden. Andere Lexeme wie „Brigadetagebuch“, „Getränkstützpunkt“ oder
„Kaderabteilung“ werden zu Historismen. Wie Polenz (1993, 141) zu Recht
feststellte, wird „die ‚Differenz der Lebenswelten‘ subversiv erhalten blei-
ben“ „[T]rotz der Überlagerung durch die westliche ‚Superiorkultur‘. Zu un-

terschiedlich waren die Lebensweisen, Verhaltens- und Bewertungsmuster, zu verschiedenen die Erfahrungswelten in West und Ost. Aber diese noch lange nachwirkenden Divergenzen sind nicht unmittelbar an der sprachlichen Oberfläche festzumachen. Um diese „kommunikativ relevanten Mentalitätsunterschiede[n]“ (ebd., 144) angemessen, auch über den Wortschatz hinaus, beschreiben zu können, wäre eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Linguisten, Soziologen und Psychologen unumgänglich. Doch diese notwendige Kooperation sehe ich momentan nicht am wissenschaftlichen Horizont.

3.3 Anpassung der ostdeutschen Sprecher an die westdeutschen Normen und Muster

Die Anpassung der ostdeutschen Sprecher an die so genannte westdeutsche Prestigevarietät bildete einen Schwerpunkt der linguistischen Untersuchungen, auf den ich im Folgenden näher eingehen werde. Diese Assimilation erfolgte auf allen sprachlichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, sie vollzog sich allerdings bei unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie auf den verschiedenen sprachlichen Ebenen zeitlich und regional differenziert. Im öffentlichen Raum, d. h. bei ostdeutschen Politikern und Journalisten, waren nach relativ kurzer Zeit kaum noch Unterschiede zu westdeutschen Sprachgebrauchsweisen auszumachen. So attestierte z. B. Günther Gaus dem damaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Manfred Stolpe, bereits 1993: „Sie könn das [viel reden ohne etwas zu sagen] inzwischen fabelhaft. Sie könn das inzwischn wie ein westdeutscher Politiker.“¹⁶ Diejenigen, die diesen Sprung nicht geschafft haben, sind allerdings auch weitgehend aus dem öffentlichen Blickfeld verschwunden. In denjenigen öffentlichen Kommunikationsbereichen, in denen diese westliche Dominanz nicht existierte, überwiegen bis in die Gegenwart hinein noch die östlichen Gesprächs- und Verhaltensmuster. Sie sind gekennzeichnet durch kommunikative Merkmale wie Konsensorientierung oder auch größere Sachbezogenheit in der Argumentation. Als Beleg dafür könnte das Sprachverhalten der Abgeordneten in den östlichen Landesparlamenten herangezogen werden.¹⁷

Da aber Kommunikationsverhalten einen sehr konstanten Faktor im Rahmen sozialen Verhaltens bildet, war es für die Linguistik äußerst schwierig, dessen Wandel kurzzeitig angemessen zu dokumentieren. Bedeutend eindeu-

16 Läger (1996).

17 Vgl. dazu die Untersuchungen von Pape (2000).

tiger ließen sich Veränderungen des Sprachgebrauchs, wie sie mit ‚Wende‘ und Vereinigung einhergingen, auf der Textebene und am Wortschatz fixieren. So liegen zahlreiche sprachwissenschaftliche Untersuchungen zu unterschiedlichen Text- und Gesprächssorten vor. Vor allem biografische Texte und Gespräche wie *Bewerbungsschreiben*, *Bewerbungsgespräche*, *Lebensläufe* oder auch *Beurteilungen* sowie *Zeugnisse* unterschieden sich in ihrer thematischen, strukturellen und stilistischen Gestaltung so sehr von den westlichen Mustern, dass der Anpassungsprozess sich hier relativ schnell vollzog. Aber auch alltagssprachlichen Textsorten wie *privaten Kleinanzeigen* – waren es nun *Wohnungs-* oder *Todesanzeigen*, *Danksagungen* oder auch *Heirats- und Partnerannoncen* – war nach kurzer Zeit ihre östliche Herkunft kaum noch anzumerken.¹⁸ Die Wandlungen, die bei der Analyse von Texten festgestellt wurden, sind aber vornehmlich lexikalischer Art. Das verwundert nicht. Denn der Wortschatz ist derjenige Teil des sprachlichen Systems, der am schnellsten und unmittelbarsten auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Das hatte zur Folge, dass Veränderungen im Gebrauch der Lexik – auch unabhängig von ihren textuellen Bezügen – den Schwerpunkt linguistischer Analysen bildeten.¹⁹

3.4 Methodische Probleme bei der gegenwärtigen Behandlung des sprachlichen Ost-West-Problems

Bei zahlreichen Untersuchungen zum sprachlichen Ost-West-Problem wird ein methodisches Dilemma deutlich, wie es bereits für die Phase der Zweistaatlichkeit gekennzeichnet wurde. Das ist die Bewertung der östlichen sprachlichen Varianten gegenüber ihren westlichen Pendanten als defizitär.

Ich werde diese Problematik zunächst an den zwei Partikeln *halt* und *eben(t)* erläutern. Hierbei handelt es sich um zwei Lexeme, die von Dittmar wieder und wieder zum Beweis der Überlegenheit der westdeutschen „Prestigevarietät“ angeführt werden.²⁰ Bei ihren Untersuchungen im Berliner Sprachraum anhand von Interviews mit Ost- und Westberlinern stellten Dittmar/Glier (2000, 253) zunächst sachlich fest, dass im Westteil der Stadt *halt* verwendet wird, wo im Osten *eben(t)* als Evidenzpartikel erscheint. Das ist

18 Vgl. vor allem die Untersuchungen von Fix (1994), Järvi (1997), Kühn (1995 und 2000) und Reiher (1997 und 2000).

19 Vgl. vor allem die zahlreichen Arbeiten von Hellmann, zusammenfassend dargestellt in Hellmann (2000).

20 Vgl. Dittmar/Bredel (1999). Ich beziehe mich vor allem auf Dittmar/Glier (2000).

zunächst richtig und wohl darauf zurückzuführen, dass *eben(t)* im Sinne von „einfach, nun, einmal“ historisch im nordostdeutschen Sprachraum schon immer zu Hause war und die *halt*-Variante aus dem süddeutschen Sprachraum bereits in den 70er Jahren nach Westberlin vorgedrungen ist. Hierbei handelt es sich um den gleichen sprachlichen Vorgang wie bei dem Siegeszug der *Samstag*-Variante gegenüber *Sonnabend* aus dem süddeutschen Sprachraum in den Norden. Problematisch wird es, wenn Dittmar/Glier (255-256) die *eben*-Variante gegenüber der *halt*-Variante negativ interpretieren, indem sie formulieren:

„Da evidenzbezogene Schlussfolgerungen unter Verwendung der Modalpartikel *halt* subjektiver, freundlicher und weniger hart klingen, werden SprecherInnen, die strategische und andere Vorteile in der Nutzung des Ausdrucksmittels *halt* sehen, auf ein solches Mittel in Ergänzung und in Komplementarität zu *eben* zurückgreifen. Die soziolinguistische Triebkraft in der Verbreitung und im Prestige von *halt* liegt dann darin, dass sich jene SprecherInnen, die *halt* je nach Redekontext verwenden, einen *kommunikativen Mehrwert* erschließen, der gewisse Vorteile mit sich bringt. Verfügen oder Nichtverfügen über diesen *kommunikativen Mehrwert* ist eine Frage des sozialen Erfolges.“

Die Interpretation, wonach *halt* „subjektiver, freundlicher und weniger hart“ klingt, wird an keiner Stelle der Untersuchung begründet, sondern nur – intuitiv – behauptet. Geradezu abenteuerlich aber wirkt die Schlussfolgerung, dass „Register und Registerstile [...] in der DDR keine individuelle, imageunterstreichende und persönlichkeithervorhebende Note zu haben [brauchten]. Wenn man mit seiner Varietät nicht auffiel, wurde dies als positiver Beitrag zur Lebensbewältigung gesehen.“ (256) Von der geringeren Frequenz der Partikel *halt* bei ostdeutschen Sprecherinnen und Sprechern auf die Kommunikation und auf Lebensstrategien einer ganzen Gesellschaft zu schließen, ist nicht nur unhaltbar, sondern überfordert auch die Möglichkeiten der Linguistik. Hier trifft genau das zu, was Dieckmann bereits 1967 kritisierte, dass nämlich anscheinend saubere linguistische Analysen dazu dienen, angenommene gesellschaftliche Differenzen zu beweisen.

Ein ähnliches methodisches Vorgehen zeigt sich bei der Analyse von Texten und Gesprächen. So gab es an der Universität Halle-Wittenberg unter der Leitung von Gerd Antos ein Forschungsprojekt zur Kommunikation in gesellschaftlichen Umbruchsituationen.²¹ Im Rahmen dieses Projektes wurden un-

21 Eine ausführliche Projektbeschreibung geben Antos/Schubert (1997). Ich beziehe mich hier auf die Darstellung von Palm/Richter (2000).

terschiedliche sprachliche Strategien von Ost- und West-Ratgebern bei telefonischen BERATUNGSGESPRÄCHEN analysiert. Methodischer Ausgangspunkt war die Annahme, dass die Ratgebenden zwischen den Sprachhandlungen BERATUNG und AUSKUNFT wählen können. Dabei wird unter AUSKUNFT eine einfach strukturierte Beratung verstanden, in der das Problem der Ratsuchenden eingengt und auf einen konkreten Teilaspekt reduziert wird. Der Ratsuchende erhält eine konkrete und detaillierte Handlungsanweisung. Bei der BERATUNG hingegen stellt der Beratende das Problem des Ratsuchenden in einen komplexen Zusammenhang und gibt mögliche Handlungsalternativen.

Das Ergebnis ist folgendes:

„Ostdeutsche Experten verfolgen eher eine Strategie, die man gemeinhin als ‚Auskunft geben‘ beschreiben würde, während die Beschreibung der Gesprächsstrategie westdeutscher Experten mehr als ‚Beratung‘ zu bezeichnen wäre.“ (Palm/Richter, 2000, 154.)

Nun ist das für die analysierten Gespräche durchaus nachzuvollziehen und ich kann nicht einschätzen, inwiefern diese Feststellung für das gesamte Korpus repräsentativ ist. Problematisch ist aus meiner Sicht der nicht sprachliche, sondern vor allem DDR-spezifische gesellschaftliche Hintergrund, der diese Ergebnisse stützen soll. Die Autoren gehen – sehr verkürzt gesprochen – davon aus, dass es solche offiziellen Beratungen in der DDR nicht gab und die ostdeutschen Beratenden folglich über das Muster der BERATUNG im öffentlichen Raum nicht oder nur begrenzt verfügen. Deshalb greifen sie zur kürzeren AUSKUNFT. Wobei Auskunft nicht nur neutral als ein anderes Muster, sondern im Gegensatz zur Beratung als defizitär interpretiert wird.

Damit werden die sprachlichen Fähigkeiten der Ostdeutschen – wie auch der Ostberliner bei *halt* und *eben* – abgewertet. Ich will überhaupt nicht leugnen, dass die Ostdeutschen gerade in der ersten Zeit nach der ‚Wende‘ im Rahmen dieser nun gesamtdeutschen Kommunikation sprachlich unsicher agierten. Zu groß war der Anpassungsdruck nicht nur an Sachzwänge, sondern auch an sprachlich-kommunikative Muster, die bislang nicht zu ihren täglichen Erfahrungen gehörten. Es war eine Phase des intensiven Lernens neuer Lexeme und einzelner Bedeutungskomponenten, neuer Text- und Gesprächsmuster, aber auch der Aneignung neuer, bislang nicht praktizierter kommunikativer Verhaltensweisen durch die ostdeutschen Sprecher und Schreiber. Dieser Lernprozess erfolgte und erfolgt gewissermaßen bei laufendem Motor. Man könnte ihn umschreiben mit „Learning by doing“.

4. Schluss

Das sprachliche Verhalten der ostdeutschen Sprecher und Schreiber wurde in diesen und vielen anderen Untersuchungen in Relation zu den westdeutsch geprägten Mustern und Normen beschrieben. Erfassen kann man auf diese Art und Weise den Grad der Anpassung ostdeutscher Sprecher und Schreiber an den westdeutschen Sprachgebrauch. Problematisch wird dieses methodische Vorgehen allerdings, wenn das *andere* sprachliche Verhalten der so genannten Neubundesbürger als defizitär betrachtet und mit einem Negativurteil bewertet wird. Ein annähernd objektives Bild von den sprachlich-kommunikativen Veränderungen unter dem Einfluss von ‚Wende‘ und Vereinigung kann im Rahmen dieser Defizittheorie kaum entworfen werden.

Und dennoch war der Wandel des Sprachgebrauchs im letzten Jahrzehnt gerade im Osten Deutschlands so einschneidend, dass seine linguistische Beschreibung nicht nur berechtigt, sondern geradezu notwendig war. Wie hätten das Verhältnis von Kontinuität und Wandel, das Auftreten regionaler oder auch funktionaler Differenzierungen im ostdeutschen Sprachgebrauch ohne diese sprachwissenschaftlichen Analysen detailliert fixiert werden können? Denn der Sprachgebrauchswandel vollzog sich, wie bereits angedeutet, nicht nur bei verschiedenen sozialen Gruppen sehr differenziert, sondern zeigt bis in die Gegenwart situative und regionale Unterschiede. So erledigt der Ostdeutsche auch heute noch seine Einkäufe in der *Kaufhalle*, benutzt dabei einen *Plastebeutel* und bevorzugt bei Wohnungsanzeigen die *Dreiraum*-gegenüber der *Dreizimmerwohnung*. Gerade bei dem letzten Lexem ließen sich durch soziolinguistische Untersuchungen regionale Unterschiede festmachen. Während z. B. im Berliner Raum die *Zimmer*-Variante sowohl im Immobilienmarkt als auch im alltäglichen Sprachgebrauch relativ schnell an Bedeutung gewann, halten die Sprecher und Schreiber der vom westdeutschen Sprachraum entfernter gelegenen Regionen wie Dresden oder Greifswald bis heute an der *Raum*-Variante fest. Anders stellt es sich bei den als ideologisch empfundenen Begriffen dar. Von ihnen verabschiedeten sich die Sprecher und Schreiber der neuen Bundesländer in ihrer Gesamtheit überaus schnell. So war z. B. *Kollektiv* bereits 1993 weitgehend aus dem Sprachgebrauch verschwunden und wurde – trotz unterschiedlicher Bedeutung – durch *Team* ersetzt²². Ein Blick auf die heutige Sprachwirklichkeit zeigt, dass sich nicht nur das *Kollektiv* ins *Team* verabschiedet hat, sondern der Sprachge-

22 Vgl. Reiher (2000).

brauch im Osten Deutschlands sich weitgehend den (alt)bundesrepublikanischen Normen und Mustern angeglichen hat.

Literatur

- Aktuelle Probleme der Sprachlichen Kommunikation. Soziolinguistische Studien zur sprachlichen Situation in der Deutschen Demokratischen Republik (1974). Berlin.
- Antos, G./Schubert, T. (1997): Unterschiede in kommunikativen Mustern zwischen Ost und West. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik Heft 25. S. 308–330.
- Bauer, D. (1993): Das sprachliche Ost-West-Problem. Untersuchungen zur Sprache und Sprachwissenschaft in Deutschland seit 1945. Frankfurt/ M. u. a..
- Benecke, J. (1986): Die jugendspezifische Sprachvarietät – ein Phänomen unserer Gegenwartssprache. In: Linguistische Studien. Reihe A. Heft 140. Berlin. S. 1–82.
- Bresgen, B. (1995): Als das Wünschen noch geholfen hat. Semantische und symbolische Strategien im Gründungsaufwurf des Neuen Forums. In: Reiher, R. (Hrsg.) (1995). S. 277–298.
- Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost. (1964): Herausgegeben von Hugo Moser. Düsseldorf.
- Deutsche Verfassungen (1989). Hrsg. R. Schuster. München.
- Dieckmann, W. (1967): Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem. In: Zeitschrift für deutsche Sprache. Berlin. Bd. 23. S. 136–165.
- Dieckmann, W. (1989): Die Untersuchung der deutsch-deutschen Sprachentwicklung als linguistisches Problem. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 17.2. S. 163–181.
- Dittmar, N./Bredel, U. (1999): Die Sprachmauer. Die Verarbeitung der Wende und ihrer Folgen in Gesprächen mit Ost- und WestberlinerInnen. Berlin.
- Dittmar, N./Glier, M. (2000): Abbruch, Aufbruch, Umbruch!? Im Schatten der alten und im Flutlicht der neuen Sprache. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 241–272.
- Eggers, H. (1986): Deutsche Sprachgeschichte. Bd.1. Reinbek bei Hamburg.
- Fix, U. (1990): Der Wandel der Muster – der Wandel im Umgang mit den Mustern. Kommunikationskultur im institutionellen Sprachgebrauch der DDR am Beispiel der Losungen. In: Deutsche Sprache. Heft 4. S. 332–347.
- Fix, U. (1994): Sprache vor und nach der „Wende“: „Gewendete“ Texte – „gewendete“ Textsorten. In: Heringer, H. J./ Samson, G./Kauffmann, M./Bader, W. (Hrsg.): Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen. S. 131–146.
- Fleischer, W. und Autorenkollektiv (1987): Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR. Fragen seines Aufbaus und seiner Verwendungsweise. Leipzig.
- Gernentz, H. J. (1965): Droht dem Deutschen die Gefahr der Spaltung in zwei Sprachen? In: *Jezyki Obce w Szkole*. Jahrgang 7. Nr. 2. S. 69–80.
- Grimm, J. (1846): Über die wechselseitigen Beziehungen und die Verbindung der drei in der Versammlung vertretenen Wissenschaften. In: Reiher, R. (Hrsg.) (1986): Jacob und Wilhelm Grimm. Über das Deutsche. Schriften zur Zeit-, Rechts-, Sprach- und Literaturgeschichte. Leipzig. S. 128–136.

- Handt, F. (Hrsg.) (1964): Deutsch – Gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Polemik, Analysen, Aufsätze. Berlin.
- Hartung, W. und Autorenkollektiv (1974): Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft. Berlin.
- Hartung, W./Schönfeld, H. und Autorenkollektiv (1981): Kommunikation und Sprachvariation. Berlin.
- Heinemann, M. (1989): Kleines Wörterbuch der Jugendsprache. Leipzig.
- Hellmann, M. W. (1991): Das ‚sprachliche Ost-West-Problem‘ und seine Bearbeitung im IdS. In: Institut für deutsche Sprache. 25 Jahre. o. O. S 41–46.
- Hellmann, M. W. (2000): Divergenz und Konvergenz: Sprachlich-kommunikative Folgen der staatlichen Trennung und Vereinigung Deutschlands. In: Die deutsche Sprache zur Jahrtausendwende. Sprachkultur oder Sprachverfall? Herausgegeben von K. M. Eichhoff-Cyrus und R. Hoberg. Mannheim-Leipzig-Wien-Zürich. S. 247–275.
- Herrmann-Winter, R. (1974): Auswirkungen der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft auf die sprachliche Kommunikation in den Nordbezirken der Deutschen Demokratischen Republik. In: Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation. Berlin. S. 135–190.
- Höppner, J. (1964): Über die deutsche Sprache und die beiden deutschen Staaten. In: Weimarer Beiträge 9/ 1963. S. 576–585.
- Ihlenburg, K. H. (1964): Entwicklungstendenzen des deutschen Wortschatzes. In: Weimarer Beiträge 10. S. 372–397.
- Järvi, H. (1997): Die Struktur und sprachliche Gestaltung von Wohnungsanzeigen vor und nach der „Wende“. Pro Gradu-Arbeit (masch.). Turku.
- Klemperer, V. (1953): Zur gegenwärtigen Sprachsituation in Deutschland. In: Sprachpflege Heft 3. S. 25–29.
- Korlén, G. (1967): Führt die Teilung Deutschlands zur Sprachspaltung? In: Satz und Wort im heutigen Deutsch. Probleme und Ergebnisse neuerer Forschung. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim 1965/66. Düsseldorf. S. 36–54.
- Kühn, I. (1995): Alltagssprachliche Textsortenstile. In: StickeL, G. (Hrsg.): Stilfragen. Berlin New York. S. 329–354.
- Kühn, I. (2000): ‚Besonderer Dank gilt der Hausgemeinschaft...‘ – Konventioneller Stil und individueller Spielraum in Texten der Alltagssprache. In: Reiher, R./Bauermann, A. (Hrsg.). S. 131–152.
- Kuntzsch, L. (1985): Anredeformen in verschiedenen Kommunikationsbereichen der DDR. (Diplomarbeit: unveröffentlicht). Leipzig.
- Lang, E. (1990): Wendehals und Stasilaus. Demo-Sprüche aus der DDR. München.
- Läzer, R. (1996): ‚sie könn‘ das inzwischen wie ein westdeutscher politiker‘ – Metakommunikative Situationsbearbeitung und thematische Steuerung in einer ostdeutschen ‚Elefantenrunde‘. In: Klein, J./Dietmannshenke, H. (Hrsg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin-New York. S. 165–200.
- Lerchner, G. (1974): Zur Spezifik der Gebrauchsweise der deutschen Sprache in der DDR und ihrer gesellschaftlichen Determination. In: Deutsch als Fremdsprache XI. S. 259–265.

- Maeder, H. (1964): Sprache und Totalitarismus. In: Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost.
- Möller, G. (1961): Deutsch von heute. Leipzig.
- Moser, H. (1962): Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands. Düsseldorf.
- Moser, H. (1985): Die Entwicklung der deutschen Sprache seit 1945. In: Besch, W. u. a. (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2 Bände. Berlin-New York. S. 1678–1707.
- Neumann, W. und Autorenkollektiv. (1976): Theoretische Probleme der Sprachwissenschaft. 2 Bände. Berlin.
- Normen in der Sprachlichen Kommunikation. (1977). Berlin.
- Oschlies, W. (1989): Würgende und wirkende Wörter – Deutschsprechen in der DDR. Berlin.
- Palm, J./Richter, S. (2000): BERATUNG: Im Osten was Neues? In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 153–168.
- Pape, C. (2000): Der aufhaltsame Aufstieg zur direkten Demokratie. Die Verfassungsdiskussion im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 99–114.
- Petrović, I. (1986): Zur sprachlichen Variation der berlinisch-brandenburgischen Umgangssprache hinsichtlich der Verwendung modalisierender sprachlicher Mittel in der sozialistischen Schule. (Dissertation A: unveröffentlicht). Berlin.
- Polenz, P. von (1988): ‚Binnendeutsch‘ oder plurizentrische Sprachkultur? Ein Plädoyer für Normalisierung in der Frage der ‚nationalen Varietäten‘. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik. Heft 2. S. 198–218.
- Polenz, P. von (1993): Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik. Heft 3. S. 127–249.
- Reiher, R. (1980): Zur sprachlichen Kommunikation im sozialistischen Industriebetrieb. Texte und sprachliche Analysen. Linguistische Studien. Reihe A. Heft 71. Berlin.
- Reiher, R. (1992): „Wir sind das Volk.“ Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989. In: Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Berlin-New York. S. 43–58.
- Reiher, R. (1997): Dreiraum- versus Dreizimmerwohnung. Zum Sprachgebrauch der Ostdeutschen. In: Der Deutschunterricht. Heft 1. S. 42–49.
- Reiher, R. (1999): Sprachkritik vor und nach der Wende 1989. In: Scharnhorst, J. (Hrsg.): Sprachkultur und Sprachgeschichte. Herausbildung und Förderung von Sprachbewußtsein und wissenschaftlicher Sprachpflege in Europa. Frankfurt/M. u. a.
- Reiher, R. (2000): Das „Kollektiv“ hat sich ins „Team“ verabschiedet. Regionale Differenzierungen im ostdeutschen Sprachgebrauch. In: Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.). S. 30–54.
- Reiher, R. (Hrsg.) (1995): Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Berlin-New York.
- Reiher, R. /Läzer, R. (Hrsg.) (1996): Von Buschzulage und Ossinachweis. Ost-West-Deutsch in der Diskussion. Berlin.

- Reiher, R./Baumann, A. (Hrsg.) (2000): *Mit gespaltener Zunge? Die deutsche Sprache nach dem Fall der Mauer*. Berlin.
- Reiher, R./Kramer, U. (Hrsg.) (1998): *Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung*. Frankfurt/M. u. a.
- Reiher, R./Läzer, R. (Hrsg.) (1993): *Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland*. Berlin.
- Riemschneider, E. G. (1964): *Sprachliche Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft*. In: *Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost*.
- Roloff, M.: *Untersuchungen zur Kontaktfunktion der sprachlichen Kommunikation*. (Dissertation A: unveröffentlicht). Berlin.
- Rosenkranz, H. (1974): *Veränderungen der sprachlichen Kommunikation im Bereich der industriellen Produktion und ihre Folgen für die Sprachentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik*. In: *Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation*. Berlin. S. 75–134.
- Samson, G. (1999): *Kreative Verwendung und Abwandlung von Phrasemen in Demosprüchen. Textlinguistische und kommunikativ-pragmatische Aspekte*. In: *Bravo*, N. F./Behr, I./Roziar, C. (Hrsg.): *Phraseme und typisierte Rede*. Stauffenburg-Verlag. S. 145–158.
- Schierbaum, H. (1964): *Das Wort als politisches Instrument*. In: *Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost*.
- Schlosser, H. D. (1990): *Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen*. Köln.
- Schönfeld, H. (1974): *Sprachverhalten und Sozialstruktur in einem sozialistischen Dorf in der Altmark*. In: *Aktuelle Probleme der sprachlichen Kommunikation*. Berlin. S. 191–283.
- Schönfeld, H. unter Mitarbeit von R. Reiher und S. Grünert (2001): *Berlinisch heute. Kompetenz, Verwendung, Bewertung*. Frankfurt/M. u. a.
- Schönfeld, H./Donath, J. (1978): *Sprache im sozialistischen Industriebetrieb*. Berlin.
- Shethar, A./Hartung, W. (1998): *Was ist „Ostjammer“ wirklich? Diskursideologie und die Konstruktion deutsch-deutscher Interkulturalität*. In: *Reiher, R./Kramer, U. (Hrsg.)*. S. 39–66.
- Stötzel, G./Wengeler, M. (1994): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin-New York.
- Strauss, G./Hass, U./Harras, G. (1989): *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin-New York.
- Volmert, J. (1992): *Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. Ansprachen auf den Massendemonstrationen Anfang November 1989*. In: *Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“*. Berlin-New York. S. 59–110.
- Weiskopf, F. C. (1960): *Verteidigung der deutschen Sprache. Versuche*. Berlin [Die 1. Auflage erschien 1955.]
- Wolf, Ch. (1992): *Rede auf der Demonstration für Pressefreiheit in Berlin*. In: *Burkhardt, A./Fritzsche, K. P. (Hrsg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“*. Berlin-New York. S. 149–150.